

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/83

2. Mai 1972

Nichts verkleistern - nichts verschärfen!

---

Neuwahlen kein Patentrezept für klare Mehrheiten

Von Herbert Wehner  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Bundestagsfraktion

Seite 1 bis 3 / 94 Zeilen

Die Wissenschaft engagiert sich für Friedenspolitik

---

Einsicht, Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein setzen sich durch

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 4 bis 6 / 100 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Haussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37 - 38  
Telefax: 885 846 / 885 847/  
5300 846 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nichts verkleistern - nichts verschärfen!

Neuwahlen kein Patentrezept für klare Mehrheiten

Von Herbert Wehner

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Ereignisse der vergangenen Woche haben am Freitagvormittag zu einer Debatte geführt, wie sie in der Geschichte des Bundestages nicht allzu häufig zu finden ist. Die Frage stand - und sie steht weiterhin -, wie sich die Fraktionen des Deutschen Bundestages angesichts der Tatsache, daß sie gemeinsam Verantwortung für den Staat tragen, dies aber in unterschiedlichen Funktionen und Positionen tun, in der gegenwärtigen Situation verhalten und wie sie sich zueinander stellen.

Man würde die Situation falsch einschätzen, wenn man aus der gemeinsamen Verantwortung folgern wollte, nun müssten alle Gegensätze verkleistert, überdeckt und verkrustet werden, die Regierung und Opposition trennen. Man würde sie aber auch falsch einschätzen, wenn man beiderseits es an der Zeit erachtete, nun - bildlich gesprochen - den Bizeps spielen zu lassen und aus der Lust an Gegensatz oder um den anderen spüren zu lassen, daß auch er der stärkste nicht sei, unnötig neue Gräben aufzuwerfen. Weder also kann es in unserer Lage darauf ankommen, jede Unterschiedlichkeit bis zum Äußersten auszureizen, noch eine Art heimlicher Allparteienregierung durch den Versuch zu schaffen, sich auf den kleinstmöglichen Nenner zu verständigen. Notwendig ist vielmehr der Versuch, in einigen entscheidenden Fragen festzustellen, ob - und wenn ja: wo - Berührungspunkte zum gemeinsamen Handeln in der von beiden Seiten zu tragenden Verantwortung für den Staat als ganzes bestehen. Ich will dies an einigen Punkten erläutern, die der Bundeskanzler am Freitag angesprochen hatte.

Bei der Haltung zu den Ostverträgen war schon in den letzten Wochen zu erkennen, daß die Gegensätze gegenüber der Regierungmeinung jedenfalls bei Teilen der Opposition nicht unüberwindlich erscheinen. Die Bundesregierung hat ihrerseits zum weiteren Abbau

der Auffassungsunterschiede dadurch beigetragen, daß sie der Opposition am Montag den Entwurf einer EntschlieÙung überreicht hat, den man sicher noch variieren oder modifizieren kann und der dann in geeigneter Form in das Vertragswerk einzuführen wäre. Auf dieses Problem wird man sich in dieser Woche vorrangig konzentrieren müssen. Selbst wenn wir nicht - wie ursprünglich vorgesehen - am Mittwoch vormittag um 9 Uhr mit der Ratifikationsdebatte beginnen, weil man natürlich die EntschlieÙung gründlich und auch in den Fraktionen beraten muß, so sind wir doch in einen internationalen Terminkalender eingebunden, der nur kleine Verschiebungen aus innenpolitischen Gründen zuläßt. Es sei nur an die für Ende Mai terminierte NATO-Rats-Sitzung und an die bevorstehende Reise des amerikanischen Präsidenten Nixon nach Moskau erinnert, für deren Ablauf und für deren beiderseitige Marschroute es wesentlich ist, ob wir Deutschen unseren Beitrag zu einem weltweiten Entspannungsprozeß zu leisten bereit sind oder nicht.

Zu den Haushaltsberatungen haben die Koalitionsparteien einen EntschlieÙungsentwurf vorgelegt, den der Bundeskanzler mit Recht zum Ausgangspunkt für die Frage genommen hat, ob hier nicht Bewährungsmöglichkeiten gegeben sind. Die Opposition hatte am Freitag verständlicherweise darauf bestanden, bei der Abstimmung über den Einzelplan 04 sozusagen die Revanche für das gescheiterte Mißtrauensvotum vom Vortage zu nehmen. Sie hat aber dann nicht auf weiteren kontroversen Abstimmungen bestanden, die - auch unter Berücksichtigung der Artikel 111 und 112 des Grundgesetzes - mehr demonstrativen als wirksamen Charakter gehabt haben würden. Und nichts dient unserer Situation weniger als die Lust an der Demonstration. Auch hier sollte es also Gelegenheit zu weiteren interfraktionellen Erörterungen geben, in die auch die Währungssituation einzubeziehen wäre, wobei wir nicht, wie im Falle der Ostverträge, im Rahmen eines auswärtigen Terminkalenders und unter einem Zeitdruck stehen.

Zur Frage der inneren Sicherheit liegt inzwischen das gemeinsame Konzept aller Landesinnenminister vor, das auch für die Erörterungen im Bundestag von Interesse und Bedeutung ist. Dr. Barzel pflegt - und dies ist seit langem ein Streitpunkt zwischen ihm und

mir - die Frage der Kriminalität mit der des politischen Radikalismus zu verbinden. Es hätte wenig Sinn, diesen Streit jetzt weiterzuführen, zumal ich nicht leugnen will, daß politischer Radikalismus durchaus ein beachtenswertes Problem ist. Es ist in der Debatte schon darauf hingewiesen worden, daß Gewalttätigkeiten im Zuge politischer Radikalität in der Vergangenheit - etwa zur Zeit der Großen Koalition - weit häufiger und auch schwerwiegender gewesen sind, als das heute der Fall ist. Gleichwohl verdient sie auch heute Aufmerksamkeit. Und nachdem das Konzept der Innenminister vorliegt, könnte man sich wohl der Frage zuwenden, wie die Ursachen mancher Erscheinungen auf unseren Hochschulen abgebaut werden können. Denn bei manchen, die heute radikalen Parolen folgen, ist die Triebfeder in der Verzweiflung darüber zu suchen, daß es bisher noch nicht gelungen ist, eine unserer Zeit entsprechende Hochschul- und Studienreform herbeizuführen. Also kommt dem zur Verabschiedung anstehenden Hochschulrahmengesetz Bedeutung zu. Auch hier also wäre Gelegenheit zu Kontakten.

Zur Frage der Neuwahlen ist im Grunde am Freitag das gesagt worden, was jetzt gesagt werden kann. Sie wären nur möglich, wenn alle Beteiligten eine verbindliche Verabredung darüber zustande bringen würden, daß niemand aus der durch das Grundgesetz festgelegten und zur Zeit unabänderlichen Voraussetzung für Bundestagsauflösung und Neuwahlen zusätzlichen Vorteil für sich und Nachteil für den anderen herauszuschlagen versuchen kann. Dr. Barzel hat - förmal durchaus zu Recht - auf die im Grundgesetz verankerte Auflösungsfrist von 21 Tagen hingewiesen, aber nicht gesagt, wie er sich in dieser Frist zu verhalten gedenkt. Da Neuwahlen chnedies kein Patentrezept für klare Mehrheiten sind, scheint mir die weitere Erörterung dieses Themas vorerst nicht zu den Lösungsmöglichkeiten zu gehören. (-/ex/2.5.1972/ks)

+ + +

Die Wissenschaft engagiert sich für Friedenspolitik  
-----  
Einsicht, Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein  
setzen sich durch

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

In der öffentlichen Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge ist eine Stimme hörbar geworden, die in der deutschen Geschichte nicht immer politisch engagiert für die Sache der Vernunft gestritten hat: die Stimme der deutschen Wissenschaft.

Während es in früheren Schicksalsstunden unseres Landes oft nur einzelne Aussenseiter an den Universitäten waren, die sich öffentlich kühl und sachlich für die begrenzten Möglichkeiten deutscher Politik einsetzten, finden wir heute grosse Gruppen ganzer Wissenschaftszweige und bedeutende einzelne Wissenschaftler auf der Seite rationaler Friedenspolitik.

Das Engagement der Wissenschaftler hat in der jetzt bekannt gewordenen Erklärung einer grossen Zahl deutscher Nobelpreisträger und ihrer Kollegen einen Höhepunkt gefunden. In ihr heisst es: "... Die Entscheidung, die im Bundestag in Kürze zu treffen ist, betrifft eine Lebensfrage unseres Volkes: Innenpolitische Rücksichten müssen zurückstehen, wenn es um unsere Zukunft und die friedliche Entwicklung Europas geht. Die unterzeichneten Wissenschaftler appellieren an alle Abgeordneten des Bundestages, der Ratifizierung der Verträge zuzustimmen. A. Butenandt, M. Eigen, W. Forßmann, W. Gentner, W. Heisenberg, R. Hillebrecht, H. Krings, R. Löwenthal, F. Lynen, R. Müßbauer, W. Rüegg, W. Schadewaldt, C.F. Frhr. v. Weizsäcker und K. Ziegler".

Zu Anfang hatten am 13. April 145 Professoren aus allen Fachbereichen auf eine allgemeine, weitgehend hochschulpolitische CDU-Wähler-Initiative in der "Stuttgarter Zeitung" reagiert. "Für ihre Kinder", so heisst es in ihrem Aufruf, "ist der Frieden in Europa wichtiger. Die Ostverträge dienen dem Frieden. Die Mehrheit der Deutschen ist dafür. Unsere Verbündeten im Westen sind dafür. Im Osten werden wir Partner finden, wo wir Feinde hatten. Wenn die

Ostverträge scheitern, stehen wir allein".

Am 15. April 1972 forderten dann weit über 200 Historiker und Politik-Wissenschaftler in Anzeigen aus ihrer fachlichen Verantwortung die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu auf, den Ostverträgen ihre Zustimmung nicht zu verweigern. Die Professoren kommen aus ganz verschiedenen politischen Lagern und vertraten durchaus unterschiedlich wissenschaftliche und politische Auffassungen. Im übrigen repräsentieren sie auch in ihrer altersmässigen Zusammensetzung das ganze Spektrum der deutschen Geschichte und Politik-Wissenschaft. In ihrer Erklärung zur Ostpolitik fordern diese Wissenschaftler "den Tatsachennut" zu beweisen, den Gustav Stresemann für die Politik von Weimar gefordert hat: "Die Ratifizierung der Ostverträge versetzt die Bundesrepublik in die Lage, die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der geteilten deutschen Nation glaubwürdig vertreten zu können".

Auch dem "Initiativkomitee Berlin und Ostverträge", das sich am 18. April 1972 mit einem Aufruf zur Unterstützung der Ostverträge an die Öffentlichkeit wandte, gehören 20 Wissenschaftler an. "Eine Ablehnung der Ostverträge", so warnte dieser Aufruf, "würde die Bundesrepublik in die internationale Isolierung treiben, und zwar im Westen wie im Osten. Mit einer Ablehnung wäre automatisch auch das von den vier Mächten ausgehandelte Berlin-Abkommen in Frage gestellt. Die darin für die Berliner erwirkten echten und sichtbaren Erleichterungen würden ebenso aufs Spiel gesetzt wie die von den Großmächten eingegangene Verpflichtung zur Erhaltung eines freiheitlichen West-Berlins und einer gesicherten Zukunft der Stadt".

Natürlich hat es auch Gegenstimmen aus Kreisen der Wissenschaft gegeben, allerdings zahlenmässig verschwindend gering. Auffallend waren dabei in erster Linie Stellungnahmen einiger politischer Wissenschaftler, so u.a. der Mainzer Professor Buchheim, die vor dem politischen Engagement der Wissenschaftler als solchem warnten: solche Stellungnahmen "leisten unserem

Volk einen schlechten Dienst und behindern die allgemeine Ausbildung politischer Urteilsfähigkeit, wenn sie der verbreiteten Neigung entgegenkommen, das wissenschaftliche Argument von vornherein für das zuverlässigste politische Argument zu halten". Dem stellen sich die Historiker Mommsen und Bracher entgegen: "Im übrigen ziehen sich diese Gegenstimmen auf einen Standpunkt zurück, der die öffentliche Verantwortung und politische Urteilsfähigkeit der Wissenschaft leugnet".

Für die Sozialdemokratie ist politisches Engagement der Wissenschaft nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Bundespräsident Dr. Heinemann hatte im Herbst 1970 auf der 35. Physiker-tagung in Hannover erklärt, dass der Bürger zur gesellschaftlichen Mitverantwortung entsprechend seiner Einsicht und entsprechend der Wirkung seiner Arbeit gerufen sei: "Hieraus ergibt sich die besondere Verantwortung des Wissenschaftlers in dem Sinne, dass er einen höheren Pflichtenstatus hat, nicht aber einen höheren Rechtsstatus. Die gesellschaftspolitische Verantwortung des Wissenschaftlers bedeutet wenn nicht Entscheidungsverantwortung, so doch jedenfalls Informationsverantwortung. Anders ausgedrückt: Die Information, die der Wissenschaftler der Gesellschaft gibt, ist das Entgelt für die Bereitschaft der Gesellschaft, Wissenschaftler auszubilden". Diese Aufforderung gilt angesichts der deutschen Geschichte heute natürlich besonders für die Historiker, die eine Lehre aus früheren Fehlentscheidungen deutscher Politiker zogen.

Wir können daher dem nicht zustimmen, was der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Julius Speer, kürzlich gesagt haben soll: "In einem Gespräch mit der 'Welt' bezeichnete es Speer in Bonn als gefährlich, wenn Wissenschaftler ihre fachliche Position oder Professoren, die ihrem Amt nach wie vor innewohnend Autorität dazu benutzen, um Entscheidungen, die ihrer Natur politische Entscheidungen seien, scheinbar wissenschaftlich zu legitimieren". Und als wörtliches Zitat: "Die Stellungnahmen von Wissenschaftlern entlasten die Politiker nicht davon, politisch über die Verträge zu entscheiden". Diesen Satz von Prof. Speer ist sicherlich zuzustimmen. Aber Einsicht, Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein der Wissenschaftler müssen der Politik zur Verfügung stehen. Wer das für gefährlich hält, redet im Grunde einer Politik der Emotionen das Wort. (-/ex/2.5.1972/näu)